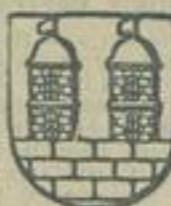


Wilsdruffer Tageblatt



Anzeigenpreise laut vorliegender Preisliste Nr. 8. — Räffter-Gebühre: 20 Mpf. — Versandgebühr: 10 Mpf. für Postkarten, Postkarten, unter Aufsichter zu Gehaltsabrechnungen eingehen. Der Räffter-Gebühr ist zu entrichten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** lautlicher Berichtszeitung auf Antrag der Gemeinde bis zur Zeit, wenn Räffter bestellt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 — Bei Kontakt und Abgangszeitlichkeit erhält jeder Anrufer eine Rückmeldung.

Mitteilungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rossmann sowie des Forstamts Tharandt

Am Sonntagmorgen erhält jeder Anrufer eine Rückmeldung.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint zweimal 16 Uhr. Bezugspunkt monatl. 2 Mpf. bei Bank, bei Postbefestigung 10 Mpf. nicht eingetragene Einzelnummer 10 Mpf. für Postkarten, Postkarten, unter Aufsichter zu Gehaltsabrechnungen eingehen. Der Räffter-Gebühr ist zu entrichten. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** lautlicher Berichtszeitung auf Antrag der Gemeinde bis zur Zeit, wenn Räffter bestellt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 50 — 99. Jahrgang

Nachrichtenschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Mittwoch, den 28. Februar 1940

Gesicherte Rationen

Als Generalfeldmarschall Göring täglich in seiner Kundfunkansprache die Parole für die Erzeugungsenschlacht 1940 gab, stand er besonders anerkennende Worte für die vom deutschen Landvolk seit Beginn der Erzeugungsenschlacht vollbrachten Leistungen, die er als einzigartig in der Welt bezeichnete. Wenn seit 1933 die Ernte am Brotaufkommen und Futtergetreide im Durchschnitt weit höher lagen als vorher, so ist dies nur mit Hilfe besonders großer Anstrengungen möglich gewesen. Der Erfolg dieser Arbeit kommt in den großen Brotaufkommenszahlen zum Ausdruck, die die deutsche Versorgung auch bei langer Kriegsdauer von den natürlichen Ernteveränderungen unabhängig machen. Auch bei Kartoffeln und Butterprodukten haben wir nicht nur in den letzten beiden Jahren Rekordeinheiten zu verzeichnen gehabt, auch hier sind die Durchschnittserträge dauernd gestiegen.

Während bei Getreide die Mehrrüttage durchweg durch die Erhöhung der Flächenrüttage erreicht wurden, war im Kartoffelbau eine Erweiterung der Anbauflächen notwendig. Es musste als besonders augenfälliger Beweis für das Vertrauen, das die Führung unserer Agrarpolitik, angefangen vom Reichsnährministerium und Reichsbauernführer Darre bis zum letzten Ortsbaurüttler hin, beim deutschen Landvolk genießt, angesehen werden, daß diese Ausdehnung zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der Arbeitsmangel auf dem Lande immer bedrohlicher wurde. Obwohl gerade der Kartoffelanbau in starkerem Umfang Arbeitskräfte erfordert, hat man der Parole Folge geleistet. Was dies allein für die Spezialkartoffelverarbeitung bedeutet, kann man daraus ersehen, daß vor der Erhöhung unserer Kartoffelernten, wie sie heute dank der Erzeugungsenschlacht erzielt werden, etwa ein Drittel der Ernte unmittelbar für den menschlichen Verzehr benötigt wurde. Heute ist es nur noch ein Viertel. Dies hat nicht nur zur Folge, daß dieser Bedarf auch unter ungünstigsten Ernteverhältnissen immer aus der inländischen Erzeugung zur Verfügung gestellt werden kann, sondern wirkt sich auch ganz erheblich auf unsere Buttermittelbilanz aus.

Hier ist durch die von Darre herbeigeführte grundsätzliche Umstellung die Kartoffel viel stärker bei der Ernährung unseres Heimatlandes, insbesondere unserer Schwerindustrie, eingeschaltet worden. Das gilt sowohl für die Verwendung von Kartoffelsorten, eingeführten Kartoffeln wie Kartoffelflocken. Die Zahl der Ernterückgraten, deren Anlage durch Reichsmittel gefördert wurde, ist in den letzten Jahren erheblich vermehrt worden. Obwohl die Zahl der Kartoffeldämpfungswellen geschränkt wurde, ist in den letzten Jahren erheblich vermehrt worden. Obwohl die Zahl der Kartoffeldämpfungswellen geschränkt wurde, ist in den letzten Jahren erheblich vermehrt worden. Diese Kartoffelsteuerung ist deshalb so wichtig, weil sie eine geordnete Futterversorgungswirtschaft das ganze Jahr hindurch auch in den kleinen bäuerlichen Betrieben ermöglicht.

Auch der andere Zweig unserer Kartoffelwirtschaft, der Butterproduktion, ist gerade in den letzten Jahren ebenso wie die Grünlandwirtschaft und der Zwischenfruchtbau immer stärker zur Erweiterung unserer inländischen Futtergrundlagen herangezogen worden. Damit wurde der Bedarf an ausländischen Futtermitteln wesentlich verringert und unsere Wirtschaft von ausländischen Gütern immer unabhängiger gemacht. Wie rationell, d. h. vernünftig, das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus war, zeigt sich gerade heute z. B. auch darin, daß durch diese Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe auf betriebsbegleitende Futtermittelgrundlagen unser Lehrerhof nicht unrentabel entlastet wurde.

Diese Umstellung war aber nicht einfach. Sie erforderte nicht nur eine Aenderung überliefelter und eingepflegter Arbeitsmethoden, nicht zuletzt also die Übernahme eines Alters, sondern verlangt vor allem auch einen erhöhten Arbeitsaufwand, der nach Lage der Dinge nicht durch zusätzliche Arbeitskräfte, sondern durch eine vermehrte Arbeitsleistung der in den landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Menschen vollbracht werden mußte. Es wird ein großer Ansporn für das gesamte Landvolk sein, daß der Generalfeldmarschall jetzt in diesem Augenblick diese Arbeitsleistungen, ganz besonders auch den Anspornen der Einsatzaufgabe des Landstaus, so stark erkennt.

Die ebensolche in diesem Zusammenhang für die agrarpolitische Führung ausgesprochene Anerkennung wird dazu beitragen, daß auch die geforderte Ausdehnung des Oelsaatens anbaus erzielt. Die Erziehungsarbeit des Reichsministeriums, insbesondere die umfassende Wirtschaftsberatung, wird auch diese schwierige Aufgabe meistern helfen.

Die niederländisch-wirtschaftlichen Kreise unseres Volkes, die es nicht weniger selbstverständlich ansehen, wenn sie auch unter den erschwerten Verhältnissen des Krieges regeimäßig und in vollem Umfang die ihnen zuliegenden Nationen unterstützen, werden gerade aus der Rebe Görings die Erkenntnis gewonnen haben, wie vielseitig und schwierig die Arbeit des deutschen Landvolks ist, daß auch in Zukunft alles tun wird, um die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen.

Neutralität und Finnlandunterstützung

Erklärungen des schwedischen Ministerpräsidenten
Der schwedische Ministerpräsident Hansson beschäftigte sich in einer Rede mit Schwedens Neutralitätspolitik und seiner Stellung zum russisch-finischen Konflikt. Schwedens Sonderstellung um die Neutralität habe nichts mit Kleinmutter und Großmutter zu tun. Sie sei an Stelle dessen Ausdruck für den Lebenswillen eines freien und selbständigen Volkes. Nach Finnland seien lange Diskussionen bei Untersuchung der Möglichkeiten, Finnland beizutreten, habe sich gezeigt, daß Finnland über eine Politik militärischer Intervention innerhalb des schwedischen Volkes nicht erzielt werden konnte. Deutlich sei man bereit gewesen, Finnland in dem Maße einzustellen, wie dies mit Rücksicht auf die Lage des eigenen Landes und die eigenen Möglichkeiten geboten erschien. Schwedens Haltung zu dem Konflikt zwischen Russland und Finnland, so lange der Ministerpräsident zum Schluß, sollte nicht ohne Rücksicht auf die Allgemeinlage bestimmt werden. Die Gefahr der Einbeziehung Schwedens und des Nordens in den Großkonflikt könne nicht abgetan werden als nur eine Hypothese unter vielen. Die Rätseln seien ganz offenbar. Der Ministerpräsident brachte schließlich zum Ausdruck, daß Schweden auf einen einschlüssigen Weg weiterziehen und alle Möglichkeiten zur Wahrung der eigenen Freiheit wahrnehmen werde.

Churchill beichtet vor dem Unterhaus mit Verspätung! Der erste Lügenlord muß die schweren Beschädigungen der Schlachtschiffe „Barham“ und „Nelson“ zugeben

DNB. Berlin, 27. Febr. Am 29. Dezember 1939 wurde deutscherseits die Torpedierung eines britischen Schlachtschiffes der Queen Elizabeth-Klasse leicht Schiffsschaden durch einen deutschen U-Boot befürchtet. Von der britischen Admiralität wurde die schweren Beschädigungen des Schlachtschiffes bisher verschwiegen. Erst am 27. Februar hat Churchill sich dazu bekannt, vor dem Unterhaus einzustellen, daß das Schlachtschiff „Barham“ torpediert worden sei. Die „Barham“ gehört zu den Schiffen der Queen Elizabeth-Klasse, die in den Jahren 1913 bis 1915 erbaut wurden. Das Schlachtschiff ist 31 100 Tonnen groß, eine Friedensbesatzung von 1180 Mann, eine Geschwindigkeit von 25 Seemeilen und ist u. a. mit acht 38,1 Zentimeter, zwölf 15,2-Zentimeter-Geschützen und acht 10,2-Zentimeter-Haubitzen ausgerüstet. Die „Barham“ hat sich bis heute noch nicht von dem Tresor des deutschen U-Bootes erholt.

Churchill hat sich im Rahmen seiner verspäteten Bekanntmachung ebenfalls dazu entschlossen, die schweren Beschädigungen des Schlachtschiffes „Nelson“, des Flaggschiffes der britischen Homefleet, zuzugeben, das, wie bereits von der deutschen Presse gemeldet, im vergangenen Dezember einen Minentreffer erhielt. Die „Nelson“ hat eine Wasserverdrängung von 33 950 Tonnen und ist mit seinem neuen 40,6-Zentimeter und zwölf 15,2-Zentimeter-Geschützen sowie seiner besonders schweren Flugabwehrbewaffnung zur Zeit das stärkste und modernste britische Schlachtschiff.

Unter dem Druck der deutschen Veröffentlichungen hat Churchill mit der Wahrheit herandrücken müssen, nachdem er Wochenlang versucht hat, die schweren Beschädigungen der auch heute noch nicht wieder seetüchtigen Schlachtschiffe zu verheimlichen.

Englischer 6000-Tonner explodiert

Neuer Zugang ist der englische Dampfer „Ean Morison“ (1936 BRT) in der Nordsee auf eine Mine gesunken. Das Schiff trieb noch, als die Besatzung in die Boote ging. Ein Untergang der Besatzung wurde geweitet. Es wurden vier verletzt.

Das holländische Motorfährschiff „Ada“ (208 To.) ist an der Westküste Englands gesunken. Die Besatzung wurde gerettet. Das Schiff hatte eine Ladung an Bord.

Nach Meldungen aus Kopenhagen gilt der dänische Dampfer „Maryland“ (4396 BRT) als vermisst.

Deutsche Flieger über Paris

DNB. Brüssel, 28. Febr. In einer Übersicht über die Fliegeraktivität im Westen sagt Neuer, deutsche Flieger

hatten am Dienstag frühmorgens die französische Grenze in größeren Gruppen überstossen. Sie hätten sich dann in kleinere Gruppen geteilt und seien nach verschiedenen Richtungen weitergeflogen. Fast überall im Nordosten Frankreichs und in der Gegend von Paris habe man Fliegeralarm geben müssen. Wie hohe militärische Stellen erklären, führt Reiter fort, werde Fliegeralarm nur dann gegeben, wenn große Verbände nahmen. Deutlich habe man keinen Alarm gegeben, als sich am Montagabend zwei feindliche Flugzeuge Paris näherten; nur die Flakabwaffe sei in Tätigkeit getreten. Am Dienstag früh sei in Paris Fliegeralarm gegeben worden, als eine Gruppe von Flugzeugen die Alarmlinie für Paris überflog.

Plutoatischer Konkurrenzneid

„Dowseija“ über den wahren englischen Kriegsgrund. — Englands Kampf um den Weltmarkt.

In einem Artikel der Bonner Zeitung „Dowseija“ über die neueren Urteile des gegenwärtigen Krieges heißt es u. a.: „In Wirklichkeit geht es England in diesem Krieg darum, seine Positionen auf dem Weltmarkt durch die Schwächung und wenn nötig auch Vernichtung Deutschlands als seines größtmöglichen Konkurrenten zu behaupten.“ Als Deutschland innerlich wieder erklart, die Wehrkraft von Versailles sprengt, da war es für England klar: der gesetzliche Konkurrent wird wieder sein kostes Haupt erhoben; er sollte vernichtet werden durch ein zweites Versailles, das ihn so gründlich aus dem Sattel werfen sollte, daß er sich niemals mehr erheben könnte. Und es war höchste Zeit, denn — so schreibt die „Dowseija“ — schon im Jahre 1937 betrug der Außenhandel des seiner Kolonien verantwortlichen Deutschland wieder 2,7 Milliarden Golddollar, während England trotz seines kolonialen Weltreisens nur mit einer Ziffer von 4,7 Milliarden aufwartete konnte. In Südamerika, in Südeuropa — überall ließ der deutsche Außenhandel den englischen wieder den Rang ab zum Ärger der Herren Chamberlain, Churchill und Roosevelt, die vor bald schwer zerplauten Schwellen begannen sie aufzurütteln; so hieß, daß es ihre Kräfte bei weitem überlegen: Englands Einfluß schwoll ins unermeßliche an. Die Ausfuhr schrumpfte zusammen, und das englische Gold schwamm über den Atlantik nach Amerika davon.

Nach dem Hinweis darauf, daß die wirtschaftliche Lage auch weiterhin durch München sich nicht besserte, schreibt die „Dowseija“: Es war keine Minute mehr zu verspielen, wenn nicht alles zusammenbrechen sollte: England erklärte Deutschland den Krieg, den Krieg für Demokratie und Freiheit. Daß England bis heute, so bemerkt die „Dowseija“ schließlich, nur einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland führt und führen kann, ist nicht zuletzt ein Beweis dafür, was England mit diesem Krieg bezweckt.

Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft

Sicherung der Arbeitsplätze für die Zukunft

Bei der Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen wird sich auf gewissen Wirtschaftsbereichen für einzelne Unternehmungen die Notwendigkeit ergeben, ihre Betriebe stillzulegen. Um die vollwirtschaftlichen Werte der zum Stillstand kommenden Unternehmungen der Gewerbeindustrie zu erhalten und um ihre Arbeitsplätze für die künftige Zeit zu sichern, hat der Minister für die Reichswirtschaftung die Verordnung über Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft vom 19. Februar 1940 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 33 vom 23. Februar 1940) erlassen. Die Verordnung sieht vor, daß den stillgelegten Unternehmen in gerechtigten Fällen Beihilfen zur Erhaltung ihrer Betriebe gewährt werden können. Die Ausbringung und Verteilung der hierzu erforderlichen Mittel wird durch die Verordnung der Wirtschaft als Gemeinschaftsaufgabe übertragen.

Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen ist nach den Bestimmungen der Verordnung das durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen ausgelöste Stilllegen der antragstellenden U-

nehmung. Als derzeitige kriegswirtschaftliche Maßnahmen kommen z. B. Abschaltung von Rohstoffen, Nichtbelieferung mit Energie oder Errichtung von Arbeitsstraßen in Betracht. Zuständig für die Gewährung der Beihilfen sind die Gliederungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und des Betriebs sowie für gewerbliche Betriebe, die der Reichswirtschaftskammer sowie für die Einzellehrlinge in der Reichswirtschaftskammer und für den Bereich der Betriebe und Betreiber landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Sinne der Reichsabnahmeverordnung der Reichswirtschaftskammer bzw. die angrund des Reichsabnahmeverordnungen gebildeten Hauptvereinigungen. Ein Rechtsansprund auf Gewährung von Beihilfen besteht nach der Verordnung nicht. Die Beihilfen sind zur Erhaltung der stillgelegten Unternehmungen bestimmt. Das Ausmaß der Beihilfen im Einzelfall bestimmt sich nach Richtlinien, die von den Beihilfen gewährbenden Organisationen erlassen werden. Die einheitliche Ausrichtung des Betriebs ist dadurch gewährleistet, daß die Richtlinien dem jeweils zuständigen Hochminister zur Genehmigung vorzulegen sind.

Die Mittel zur Gewährung der Beihilfen werden nach den Vorschriften der Verordnung von den Organisationen der Wirtschaft und zwar auch von den Gruppen, in deren Bereich Stilllegungen nicht in Betracht kommen, wie zum Beispiel auf dem Gebiet des Handels und Versicherungswesens, im Umlaufverkehr aufgebracht. Die von den durch Beihilfenzahlungen nicht belasteten Gruppen aufgebrachten Mittel werden denjenigen Gruppen im Wege des Ausgleichs zur Verfügung gestellt, deren

Ausskommen zur Verteilung der von Ihnen zu gewährnden Beihilfen nicht ausreichen. Für das Handwerk, die gewerblichen Betriebe, die Reichswirtschaftskammer und für die Betriebe und Betreiber landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind in der Verordnung aus Gewerbmäßigkeit- und Organisationsgründen Sonderbestimmungen vorge sehen, nach denen diese Gruppen den Ausgleich nur in sich durchführen. Die Verordnung betrifft nicht die Land- und Forstwirtschaft. Dagegen findet sie keine Anwendung auf Betriebe, die auf Grund von Raumumschlagsmaßnahmen oder wegen unmittelbarer Kriegsbelastung in ihrer Wirkung behindert werden müssen. Für diese Betriebe wird das Reich die notwendigen Hilfmaßnahmen treffen. Ferner findet die Verordnung keine Anwendung auf den Fremdenverkehr und auf die Geschäftsfahrt, da mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse dieser Wirtschaftszweig insofern andere Maßnahmen getroffen werden müssen.

6600 Aussteller auf der Leipziger Messe

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1940 findet in der Zeit vom 3. bis einschließlich 8. März statt. Sie wird nach dem neuesten Stand der Anmeldungen von rund 600 Firmen besucht sein. Das Angebot umfaßt alle Zweige des Verbrauchsgüter-Industrie, die in den 24 Messesälen der Innenstadt Aufnahme finden. Dazu treten die Bautz-Messmesse, ferner die Messe für gewerbliche Schuhrechte sowie die Fachmessen für Photo, Kino und Optik. Die Ausstellungsfläche beträgt in diesem Jahr rd. 110 000 Rechnungsmeeter. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Große Technische Messe und Baumesse aus räumlichen Gründen verlängert worden ist, entspricht damit das diesjährige Verbrauchsgüter-Angebot dem Münchner Messe-Angebot der vergangenen Leipziger Frühjahrsmessen, die sich einer außerordentlich guten Beschildung erfreuten.

Börderung zwischenstaatlicher Geschäfte

Um die Abwicklung der zwischenstaatlichen Geschäfte auf der Leipziger Frühjahrsmesse zu erleichtern, werden die üblichen Exportberatungsstellen wieder sämlich geöffnet sein. Der größte Teil dieser Ausstatter- und Beratungsstellen wird im „Messe-dienst“ zusammengefaßt, der sich seit einigen Jahren bewährt hat. Hier sind rund 35 amtliche, halbdamele und tausmännische Ausstatter- und Beratungsstellen vertreten.

Sonderausstellungen und Sonderveranstaltungen

Das geschäftliche Programm der Leipziger Messe wird auch